WELT

WELT+ MEINUNG UN-KLIMAKONFERENZ

Die dümmste Klimapolitik der Welt – und ihre katastrophalen Folgen

Von **Axel Bojanowski**
Chefreporter Wissenschaft

Veröffentlicht am 14.11.2025 | Lesedauer: 6 Minuten

Bundeskanzler Friedrich Merz besteigt nach seinem Besuch der Weltklimakonferenz COP30 den Airbus A350 der Luftwaffe

Quelle: Kay Nietfeld/dpa

Von China bis Kanada, von England bis Australien setzt sich ein pragmatischer Klimakurs durch. Nur Deutschland opfert seine wirtschaftliche Zukunft für eine illusionäre Klimaneutralität. Wie sich die Bundesregierung in eine Falle locken ließ.

Die UN-Klimakonferenz hat sich zu einer Demütigung der Europäischen Union entwickelt. Die COP30, die am Sonntag in der Amazonas-Stadt Belém startet, offenbart, wie sich allen voran Deutschland in die Falle locken ließ.

WELT

Mehr WELT-Artikel für Sie bei Google

Google bietet eine neue Funktion an: Nutzer können festlegen, welche Nachrichtenquellen bei aktuellen Suchanfragen hervorgehoben werden. Mit wenigen Klicks machen Sie WELT zu Ihrer bevorzugten Quelle.

JETZT EINSTELLEN (HTTPS://WWW.GOOGLE.COM/PREFERENCES/SOURCE?Q=WELT.DE)

Lediglich sechs Prozent der globalen Emissionen verantworten die EU-Staaten, doch sie sind die einzig verbliebenen Industrieländer mit striktem Kurs zur Minderung von CO2. Zwar haben weitere 64 Nationen verschärfte Klimaziele hinterlegt, doch bei genauerer Betrachtung bleibt kein größeres Land übrig, das sich wie die EU einer strikten Energiewende verschrieben hat.

Die beiden größten Konkurrenten China und die USA scheiden aus. China hat sich wie alle anderen sogenannte Schwellenländer zusammen mit den Entwicklungsländern und damit der großen Mehrheit der Staaten weitaus laxere Verpflichtungen ausbedungen, es wird laut Pariser Klimaabkommen lediglich „ermutigt“, Klimaziele vorzulegen. Von milliardenschweren Hilfszahlungen an arme Länder ist China gänzlich entbunden – im Gegensatz zu den alten Industriestaaten des Westens.

Das Paris-Abkommen kam überhaupt nur zustande, weil China der westlichen Konkurrenz striktere Verpflichtungen aufbürden konnte. „Davon waren sie regelrecht besessen“, erzählte die Klimagesandte der französischen Regierung, Laurence Tubiana. Die „gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung“ der Staaten sollte ins Abkommen, was im Klartext bedeutete, dass sich die reichen Länder zu mehr Klimaschutz verpflichten mussten. So kam es dann.

Die USA haben unter Präsident Donald Trump angekündigt, das Pariser Abkommen zu verlassen und sich damit der Klimaziele zu entledigen. Andere westliche Staaten stehen zwar offiziell zu ihren Klimazielen, betreiben aber in Wirklichkeit andere Politik.

Der kanadische Premierminister Mark Carney legte eine Kehrtwende hin: Als Gouverneur der Bank of England warnte er einst, dass die verbleibenden Reserven an fossilen Brennstoffen tabu sein müssten. Nun hat Carney als Premierminister die Genehmigung eines neuen Flüssiggas-Exportterminals in British Columbia durchgesetzt und versprochen, „unser Land in eine Energie-Supermacht zu verwandeln".

„Höhepunkt der Klimapolitik überschritten"

In Großbritannien legt Premierminister Keir Starmer gerade die Grundlage für eine ähnliche Wende: Das Land hätte „die Wahl", welchen Preis es bereit sei zu zahlen für erneuerbare Energien, um die Klimaziele zu erreichen, sagte er gegenüber dem „Guardian" – und er verkündete: „Wenn wir vor die Wahl gestellt werden, das Ziel zu erreichen und zu viel zu bezahlen, oder es zu verfehlen und die Kosten niedrig zu halten, werden wir es verfehlen." Tschüß, Klimaziele.

Auch in Australien sei der „Höhepunkt der Klimapolitik überschritten", schreiben (https://www.themandarin.com.au/301755-has-climate-policy-peaked-the-rise-and-fall-of-a-political-cause/) die Ökonomen David Stadelmann von der Universität Bayreuth und Benno Torgler von der School of Economics and Finance in Australien. Ambitionierte Ziele träfen auf schleppenden Netzausbau und eine stockende Energiewende, deren Machbarkeit bezweifelt werde.

Japans Politik hat sich ebenfalls von den eigenen Klimazielen verabschiedet. Kohle bleibt auf lange Sicht bis 2030 systemrelevant, ebenso Erdgas per Langzeitverträgen; nur der Wiederhochlauf der Kernkraft verhindert ein energiepolitisches Desaster wie in Deutschland – doch die CO2-Minderungsziele sind außer Reichweite.

Einzig die Europäische Union will weiterhin Musterschüler sein. Zwar reicht die EU erstmals kein genaues CO2-Ziel bei den UN ein, sondern eine Brandbreite: Bis 2035 sollen ihre Emissionen um 72,5 Prozent bis 66,25 Prozent sinken. Doch 2040 sollen EU-weit minus 90 Prozent erreicht sein, 2050 will die EU klimaneutral sein und netto kein CO2 mehr künstlich in die Luft blasen.

Deutschland ist noch ehrgeiziger und damit „Primus“ unter Industrieländern: Es will bis 2045 klimaneutral sein – ein selbstzerstörerischer Plan (https://www.welt.de/debatte/plus255722334/Klimaneutralitaet-bis-2045-Die-Formel-zur-Deindustrialisierung.html) : Deutschlands Reduzierung wird durch steigende Emissionen in anderen EU-Ländern zwangsläufig kompensiert. Denn der europäische Emissionshandel sorgt dafür, dass Emissionsrechte, die in Deutschland nicht genutzt, in anderen EU-Ländern verbraten werden. Es wird immer deutlicher, was das „Wall Street Journal“ meinte (https://www.wsj.com/articles/worlds-dumbest-energy-policy-11548807424) , als es Deutschlands Energiepolitik als die „dümmste der Welt“ bezeichnete.

Trotz der Anstrengungen Deutschlands und Europas steigen die globalen Emissionen weiter. Nach dem Austritt der USA stammen nur noch etwas mehr als 14 Prozent der globalen Emissionen aus Ländern, die sich in Paris zur Reduktion von CO2-Emissionen verpflichtet haben. Das Pariser Abkommen ist damit praktisch wirkungslos.

Genauer: Es ist wirkungslos fürs Klima. Dafür wirkt es sich auf die europäische und vor allem auf die deutsche Wirtschaft aus – ganz im Sinne der Konkurrenz aus China: Regulierungen und Bürokratie belasten Unternehmen, Industrie und Arbeitsmarkt geraten unter Druck; andere Länder profitieren. Deutschland steckt seit drei Jahren in einer Rezession, besonders energieintensive Produktion bricht ein und wandert ab.

Das deutsche Klimaschutzgesetz, vom Bundesverfassungsgericht zementiert (https://www.welt.de/debatte/plus68e57afb89973cba61e85010/ab-2031-drohen-drastische-freiheitsbeschraenkungen-in-deutschland.html) , scheint Drehbuch für eine ökonomische Katastrophe: Es erlaubt Deutschland nur noch ein Restbudget von 6,7 Gigatonnen CO2, das Anfang der 2030er-Jahre verbraucht sein dürfte. Dann drohen laut Gesetz Strafen und Stilllegungen und Freiheitsbeschränkungen, um die Klimaziele einzuhalten.

Die Bundesregierung hält stur an den Zielen fest: „Deutschland hat ein starkes Klimaziel für 2040“, freut sich Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD). „Jetzt ist es gelungen, dass Europa auch eins bekommt.“ Schneider sieht – warum auch immer – die Ziele als ökonomischen Vorteil: Sie seien „wichtig für das Klima und gut für die deutsche Wirtschaft, weil sie gleiche Wettbewerbsbedingungen bekommt“.

„Klimaschutz ist sozial“, behauptet unverdrossen Entwicklungshilfeministerin Reem Alabali Radovan (SPD), obgleich Ökonom Hans-Werner Sinn die Energiewende plausiblerweise als „Revolution von oben“ (https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/hans-werner-sinn-deutschlands-status-als-globale-wirtschaftsnation-in-gefahr-110123342.html) beschreibt, weil sie zugunsten von Wohlhabenden, die Subventionen abgreifen können, sozial Schwachen überproportional Kosten aufbürdet.

Auf der Klimatagung in Brasilien will Deutschland, traditionell größter Zahler sogenannter „Klimahilfen“ an arme Länder, „darauf hinzuwirken, dass die neue Klimafinanzierungsverpflichtung von mindestens 300 Milliarden US-Dollar jährlich durch die Industrieländer bis 2035 mit Leben gefüllt wird“ und „sich für ein EU-Klimaziel für 2040 von netto 90 Prozent“ einsetzen, das bei den UN hinterlegt wird.

In Deutschland verfestigt sich die Illusion einer laufenden globalen Energiewende. Der „Spiegel“ bejubelt gerade den gigantischen Zubau an Solarenergie in China, dabei wächst fossile Energie in China und anderswo trotz des Ausbaus von Erneuerbaren noch stärker. Mit fossiler Energie produziert China auch seine Technologie für Solar- und Windstrom, von der sich Deutschland abhängig gemacht hat. Chinas Falle (https://www.welt.de/politik/ausland/plus68eddfe10a0257c8ba8966cf/hybride-methoden-wie-china-die-klimabewegung-gegen-den-westen-einspannt.html) hat zugeschnappt, eine Demütigung.

Die „fossile Ära“ ist keineswegs zu Ende, die Nachfrage nach Öl und Gas nimmt weiter zu. Global findet keine Energiewende, eher Energie-Addition statt: Erneuerbare obendrauf, Fossile nicht weg. Gleichwohl pendeln sich Klimaszenarien unter drei Grad ein; 1,3 sind bereits erreicht. Apokalyptische Visionen werden unwahrscheinlicher, erhebliche Risiken im Zuge fortschreitender Erwärmung aber bleiben (https://www.welt.de/wissenschaft/article233011855/IPCC-und-Klimawandel-Globale-Erwaermung-und-die-Folgen-das-steht-im-neuen-UN-Klimabericht.html) .

Jetzt rächt sich Deutschlands selbstgefällige Energiepolitik, die sichere Energieversorgung abriss, bevor eine neue aufgebaut wurde. Chinas Leitmotiv hingegen lautet: „Erst Neues errichten, dann Altes abbauen“, dieser Ansatz setzt sich global als pragmatisches Vorbild durch. Zu spät für Deutschland, seine klimafreundlichen Atomkraftwerke hat es abgeschaltet. Mit denen hätte es seine Klimaziele bereits erreicht (https://www.welt.de/wissenschaft/plus253434654/Atomausstieg-kostete-Deutschland-Hunderte-Milliarden-Euro-und-verschlechterte-die-CO2-Bilanz.html) .

Axel Bojanowski ist Chefreporter Wissenschaft bei WELT. In seinem Buch „Was Sie schon immer übers Klima wissen wollten, aber nicht zu fragen wagten“ erzählt er in 53 Geschichten vom Klimawandel zwischen Lobbygruppen und Wissenschaft.

© PREMIUM-GRUPPE GmbH 2026 Ein **Axel Springer** Unternehmen
Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen https://epaper.welt.de